

Schwere Kost

FEINDLICHE ÜBERNAHME

Wie man ausgerechnet mit dem Argument, die „Demokratie schützen“ zu wollen, klammheimlich ihre Abschaffung voran treibt.

[Matthias Müller]

Laut Artikel 5, Absatz 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland findet Zensur nicht statt. Doch ist das wirklich so? Tatsächlich ist die gesamte westliche Welt – und weit voran vor allem Deutschland – im Begriff, die grundgesetzlich garantierte Freiheit der Medien und Meinungen massiv zu beschneiden. Selbstverständlich tut man dies nicht offen, sondern mit perfiden Methoden, mehr oder weniger durch die Hintertür und mit wohlklingenden Phrasen. Man gibt vor, gegen „Hass im Netz“ und „Desinformation“ vorzugehen, in Wahrheit geht es um das Löschen und Verdrängen von Opposition und Kritik an den Regierenden. Dazu höhlt man die Verfassung nach und nach, bis letztlich nur eine leere Hülle übrig bleibt. Man erfindet neue Tatbestände, wie die „verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“, die absichtsvoll unscharf definiert bleiben, so dass letztlich jede unliebsame Äußerung als „demokratiefeindlich“ bezeichnet werden

kann. Man gibt nicht einmal vor, dass es bei geäußerten Meinungen auf Evidenz und Faktentreue ankäme. Es zählt allein, dass die justiziablen Äußerungen dazu geeignet sein müssen „das Vertrauen in die Regierung zu beschädigen“ – wörtlich heißt das: auch wenn die Aussage nachweislich wahr ist, muss sie zensiert werden, sofern sie die Bürger dazu veranlassen könnte, der Regierung das Vertrauen zu entziehen. Nun, für alle, die nicht wissen, was „Demokratie“ eigentlich ist: der Kern, das Herz und die Seele, die präzise Definition von Demokratie schlechthin ist einzig und allein, dass es in einer Demokratie möglich und gewollt ist, dass der Bürger die ungehinderte, freie Möglichkeit besitzt, der jeweiligen Regierung jederzeit sein Vertrauen zu entziehen und sie damit letztlich aus ihrem Amt zu entfernen. Alles andere ist totalitär. Und es gibt kein Argument – KEIN Argument, wie wohlmeinend es auch immer formuliert sein mag – für Zensur. Zensur und Demokratie

schließen sich gegenseitig aus. Dies sollte spätestens seit Voltaire selbst dem simpel strukturierten Gemüt klar sein. Dennoch scheint in diesen Zeiten eine geradezu obszön-triebhafte Lust um sich zu greifen, die öffentliche Kommunikation „säubern“ zu wollen.

Interessant ist in diesem Prozess vor allem, aus welchen Richtungen die Impulse und Werkzeuge zur Medien- und damit Meinungskontrolle kommen. Die immer intensivere Manipulation der öffentlichen Meinung durch massive Zensur und Gleichrichtung der Medien ist Teil der „kognitiven Kriegsführung“ der NATO. Jüngste Eskalationsstufe in diesem Kampf der Militärs um die Köpfe ist eine „schnelle Eingreiftruppe“ der EU für „hybride Bedrohungen“. Noch perfider ist jedoch das Agieren auf dem Schlachtfeld Schule.

Es ist das untrügliche Erkennungszeichen aller totalitären Systeme in allen geschichtlichen Epochen, zuallererst die Kontrol-

le über die Meinungen und das Denken der Menschen erlangen zu wollen. Der Zweck ist selbsterklärend: wer die Meinungen der Menschen kontrolliert, der kontrolliert auch ihr Verhalten. Das Mittel zur Kontrolle der Meinungen war zunächst die Kontrolle der Medien mittels staatlicher Kontrolle. Die moderne Kommunikationsforschung jedoch hat diese Methoden verfeinert, subtiler und damit erheblich schwerer erkennbar gemacht. Die NATO nennt ihre heutiges Konzept wörtlich „Kognitive Kriegsführung“. Das Allgemeine der unter dem Namen „Kognitive Kriegsführung“ eingesetzten Waffen ist, dass sie auf den allermodernsten, wissenschaftlich höchst ausgefeilten Manipulationstechniken basieren. Eine allgemeine und unmissverständliche Bezeichnung für diese Propagandaformen wäre „kognitive Manipulationen“. „Kognitiv“ soll darauf verweisen, dass bei dieser Manipulationsmethode direkt in kognitive Prozesse eingegriffen

Schwere Kost

[Lesestoff, der nicht leicht zu verdauen ist.]

wird. Diese Methoden grenzen sich damit von anderen psychologischen Manipulationstechniken ab. Zu den „kognitiven Funktionen“ gehören u.a. Wahrnehmung, Aufmerksamkeit, Erkennen, Vorstellen, Gedächtnis, Handlungsplanung und Kommunikation etc., aber auch die kritische Prüfung und Bewertung von Informationen. Gemeinsames Ziel aller kognitiven Manipulationstechniken ist die Schwächung, Umgehung oder Außerkräftsetzung der kritischen Urteilsfunktionen der Zielperson. Es geht, um es möglichst unmissverständlich auszusprechen, um die verfeinerte Version der Gehirnwäsche: um die gezielte Beeinflussung der kognitiven Prozesse der Menschen mit dem Ziel, ohne deren Wissen ihre Einstellungen und Verhaltensbereitschaften zu verändern. Dazu muss der informationsverarbeitende Prozess so gestört werden, dass eine kritische Überprüfung und Beurteilung von erhaltenen Informationen nicht stattfinden können. Wie bereits erwähnt handelt es sich hierbei – und das wird im Folgenden noch ausführlich nachgewiesen werden – um ein offizielles Programm von NATO und EU.

Das Perfide an derartigen Methoden ist, dass die Menschen ihre „Meinungen“ als Teil ihrer Persönlichkeit begreifen. Menschen identifizieren sich regelmäßig höchst leidenschaftlich mit ihren Meinungen, reflektieren jedoch so gut wie gar nicht, wie sie sich diese überhaupt bilden konnten. Der kognitionswissenschaftlich nicht ausgebildete Bürger – also rund 99,99% der Bevölkerung und damit höchstwahrscheinlich auch Sie, liebe Leser – begreift seine „Meinung“ als eine rationale Leistung seines analytischen Verstandes. Er glaubt, dass seine Überzeugungen auf der bewusst-

ten Wahrnehmung von Informationen und Ereignissen beruhen und dass seine Einstellungen wohlbegründet, logisch und evidenzbasiert seien. Dies ist eine fatale Illusion.

Tatsächlich ist die Meinung eines Menschen das Produkt eines kognitiven Prozesses, auf den der Mensch selbst nur wenig Einfluss hat. Die Variablen in diesem Prozess sind beispielsweise die Auswahl der zur Verfügung gestellten Informationen (Welche Informationen werden verbreitet, welche werden verschwiegen?), der vorher (entweder selbst oder durch andere) festgelegte Deutungsrahmen („frame“), in welchem die Information präsentiert wird, der gesellschaftspsychologische Kontext zu dieser Information, der individualpsychologische Kontext zu dieser Information sowie eine Vielzahl gezielter kognitiver „Tricks“, durch die eine Priorisierung im eigenen Wertungssystem gesteuert werden kann. Unsere Meinungen sind das Produkt eines Designprozesses. Sie werden von anderen Menschen gemacht und von uns meist ungeprüft übernommen. Erst die bewusste Auseinandersetzung mit diesen Prozessen und Techniken ermöglicht es dem Menschen, sich kognitiv zu emanzipieren. Er weiß, dass seine Meinung das permanente Angriffsziel von Beeinflussung ist. Diese Beeinflussung kommt sowohl von außen, wie auch von innen, aus ihm selbst heraus. Der aufgeklärte Mensch hinterfragt daher nicht nur die Validität seiner Informationsquellen, sondern auch seine eigenen Denk- und Bewertungsmuster, seine eventuellen Vorurteile oder Glaubenssätze, die möglicherweise sein Urteilsvermögen beeinflussen. Wie jedoch versuchen staatliche und überstaatliche Akteure unsere Wahrnehmung

der Realität zu beeinflussen?

Am 23. Mai 2024 hielt Susanne Lackner, stellvertretende Vorsitzende der österreichischen Medienaufsicht Komm Austria, auf einer Veranstaltung der APA (Associated Press Agency, eine der drei großen internationalen Presseagenturen) einen Vortrag, in dem sie Plattformbetreiber über ihre Verpflichtungen zur Bekämpfung von „Desinformation“ aufgrund des Digital Services Act (DSA) informierte. Bemerkenswert offen sprach sie den militärischen Hintergrund dieser Verpflichtungen an:

„Es gibt die Einflussnahme auf Informationen, da kommen wir natürlich schon in die Außen- und Sicherheitspolitik herüber und Einmischungen aus dem Ausland. (...) Wenn man von ausländischer (...) Einflussnahme in den Netzen spricht, dann muss es z.B. nicht unbedingt illegal sein. Die EU hat deshalb auch einen sehr vielschichtigen Ansatz. Es wird im Rahmen der normalen Außen- und Sicherheitspolitik begegnet. (...) Und natürlich im Rahmen der ganz normalen sozusagen Verteidigungspolitik. Man spricht vom hybriden Charakter von Desinformation. Das heißt, die Desinformation ist ein Mittel der Kriegsführung.“

Wir haben es hier also mit „Kriegsführung“ und mit Außen- und Sicherheitspolitik zu tun, und mit einem Kampf gegen „Desinformation“, die nicht unbedingt illegal oder unwahr, sondern nur irgendwie „schädlich“ ist. Oder in den Worten der österreichischen Medienaufseherin und der DSA, die „tatsächliche oder absehbare nachteilige Auswirkung auf die gesellschaftliche Debatte, auf Wahlprozesse und die öffentliche Sicherheit“ hat. Bereits hier stellt sich die Frage: nachteilig für WEN

oder WAS? Wir kommen darauf zurück.

Die Mittel im militärischen Kampf gegen solche Formen von Desinformation sind, in den Worten von Lackner, der Verhaltenskodex zur Desinformation, Faktenchecks zur „Förderung seriöser Nachrichtenquellen“, Demonetarisierung und Downranking derartiger Inhalte, sowie Anpassung von Empfehlungssystemen der Suchmaschinen und Plattformen. Was die Demonetarisierung angeht, so betreiben junge IT-Startups aus dem US-Geheimdienstmilieu den „Global Disinformation Index“. Tief im Maschinenraum des Internets sorgt dieser Index dafür, dass in Ungnade gefallene Netzseiten nur noch sehr geringe Werbeeinnahmen generieren können. Und zwar so, dass diese sich nicht dagegen wehren können und dass der Staat dabei zumindest pro-forma keine Rolle spielt.

Wenige Tage nach dem Vortrag forderte die FDP-Fraktion im Bundestag die Einrichtung eines Zentrums für hybride Kriegsführung. „Hybride Kriegsführung“ ist eine Begriffsneuschöpfung des Militärs und bedeutet psychologische Kriegsführung – klassisch auch banal als „Kriegspropaganda“ bezeichnet.

KOGNITIVE KRIEGSFÜHRUNG DER NATO

Im NATO-Magazin „The Three Swords“ wurde 2023 ein Aufsatz mit dem Titel „Cognitive Warfare“ veröffentlicht. Darin erklärt Kommandant Cornelis van der Klaauw von Strategic Communications and Information Operations des NATO Joint Warfare Centre das 2020 entwickelte Konzept der Kognitiven Kriegsführung (übersetzt) so:

„Das Konzept ist Teil des Kriegskunst-Imperativs der kognitiven Überlegenheit. Ziel des Kon-

Schwere Kost

[Lesestoff, der nicht leicht zu verdauen ist.]

zepts ist es, (...) durch defensive und proaktive Maßnahmen den Schutz des Bündnisses zu gewährleisten und unsere kognitiven Prozesse zu verbessern. (...) Kognitive Effekte beeinflussen unser Denken, Fühlen und Handeln, indem sie gehirnzentrierte Technologien einsetzen, die darauf abzielen, Strukturen zu destabilisieren, Misstrauen zu schaffen und den sozialen Zusammenhalt zu spalten und zu brechen, indem sie beispielsweise bereits bestehende soziale Unterschiede verstärken, um Demokratien zu untergraben und unsere regelbasierten Systeme zu schwächen. Ist die Abwehr von kognitiven Angriffen wirklich eine militärische Aufgabe? Ja, das ist sie.“

Wenn man diese und die oben schon zitierten Bekundungen der großen militärischen Bedeutung der Bekämpfung von sogenannter Desinformation auf sich wirken lässt, so wundert man sich nicht mehr über den Nachdruck, mit dem die NATO-Regierungen und die EU die zugehörige Zensur- und Manipulationsagenda verfolgen und mit welcher Willigkeit sich die Nachrichtenagenturen, Massenmedien und soziale Medienplattformen dem unterwerfen.

Dabei ist die rechtliche Basis und Begründung für ein Tätigwerden der NATO ausgesprochen weit hergeholt. Van der Klaauw verweist dafür auf Artikel 3 des Nato-Vertrags: „Um die Ziele dieses Vertrags wirksamer zu erreichen, werden die Vertragsparteien einzeln und gemeinsam durch ständige und wirksame Selbsthilfe und gegenseitige Hilfe ihre individuelle und kollektive Fähigkeit, bewaffneten Angriffen zu widerstehen, aufrechterhalten und weiterentwickeln.“

Einflussnahme auf die öffent-

liche Meinung eines anderen Landes als „bewaffneten Angriff“ zu klassifizieren erschließt sich nicht leicht. Aber die Versuchung für die Militärs ist wohl einfach zu groß, denn: „Diese Angriffe konzentrieren sich auf den Menschen, d. h. sie haben die menschliche Wahrnehmung als Schwerpunkt, und das ist im Prinzip ein ständiger, nie endender Kampf.“

Was gibt es schöneres für Militärs, als einen nie endenden Kampf, den sie mit selbst zu definierenden Mitteln kämpfen dürfen?

Es lohnt sich, die Beschreibung des Schlachtfelds und der Kampfmittel durch NATO-Commander van der Klaauw etwas ausführlicher zu zitieren, denn die meisten denken irrtümlicherweise bei sozialen Medien, Smartphones, Smart Watches und dem Metaverse nicht an deren militärische Bedeutung als Instrumente der kognitiven Kriegsführung gegen die eigene und fremde Bevölkerungen:

„Soziale Medien und digitale Netzwerke sind unser wichtigstes Umfeld für den Austausch von Informationen aller Art. Es gibt jedoch noch weitere Aspekte, die soziale Medien zu einem idealen Vektor für kognitive Aktivitäten machen. Soziale Medien schwächen unsere kognitiven Fähigkeiten, da die Inhalte leicht Emotionen wecken können und uns zu schnellen Reaktionen zwingen. Soziale Medienplattformen sind so konzipiert, dass sie süchtig machendes Verhalten fördern. Im Durchschnitt sind wir täglich zwischen fünf und sieben Stunden digitalen Informationssystemen ausgesetzt. Darüber hinaus eignen sich die sozialen Medien ideal zum Sammeln persönlicher Informationen und zur Durchführung von Datenanalysen und

Datamining. Die Erstellung des digitalen Profils einer Person ist ein schneller und relativ einfacher Prozess, der mit begrenzten Mitteln durchgeführt werden kann.

Eng mit den sozialen Medien verbunden und oft vollständig in diese integriert sind unsere intelligenten Geräte. Intelligente Geräte sammeln alle möglichen persönlichen physiologischen Informationen wie Blutdruck, Herz- und Atemfrequenz, Hauttemperatur usw. All diese Informationen sind relevant, um Menschen im richtigen Moment anzusprechen, zum Beispiel wenn sie müde, hungrig, gestresst oder wütend sind.

Das Metaverse ist in der Lage, die physische Welt nachzubilden und durch den Einsatz von Headsets, Körperanzügen und haptischen Geräten ein sehr intensives soziales Erlebnis zu bieten. Gleichzeitig kann es eine beträchtliche Menge an physischen und mentalen Informationen liefern, die für psychologische und emotionale Manipulationen oder – in den Händen von Gegnern – für das Microtargeting von Personen genutzt werden können.“

Die Militärs und ihre Kooperationspartner in Regierung und Medien wollen uns also auf diesem „Schlachtfeld“, auf das wir uns mehr oder minder freiwillig begeben, vor „feindlicher Einflussnahme“ schützen. Gleichzeitig wollen sie die gesammelten Daten über uns nutzen, um „proaktiv“ unsere kognitiven Prozesse (in ihrem Sinne) zu „verbessern“. Regierungskritisches Denken ist natürlich einer dieser kognitiven Prozesse, die verändert werden müssen. Das versteht sich in diesem Zusammenhang und bei diesen Akteuren fast von selbst. Denn solches Denken „delegitimiert“ wichtige Institutionen und spaltet. Doch nur eine ge-

schlossen hinter der Regierung stehende Gesellschaft ist stark gegenüber äußeren Feinden, so die simple Logik.

DIE ENTWICKLUNG DER NATO-STRATEGIE DER KOGNITIVEN KRIEGSFÜHRUNG

Im Aufsatz „NATO’s Sixth Domain of Operations“ („Das sechste Einsatzgebiet der NATO“) vom September 2020 wird eine „ständige Erosion der Moral der Bevölkerung“ beklagt, weshalb der Mensch („the human domain“) die größte Schwachstelle darstelle. Dieses Einsatzgebiet sei folglich die Basis für alle anderen Schlachtfelder (Land, Wasser, Luft, Weltraum, Cyberspace), die es zu kontrollieren gelte.

Im Strategiepapier „Cognitive Warfare“ von Januar 2021 heißt es, nötig sei eine „partizipatorische Propaganda“, bei der „jeder mitmacht“. Das Einsatzgebiet beziehe sich auf „das ganze menschliche Umfeld (human domain), ob Freund oder Feind“. In diesem Lichte ist leicht zu verstehen, wenn im Digital Services Act der EU von „schädlichen“ Inhalten die Rede ist, die die Plattformen unter Androhung sehr hoher Geldstrafen schnell zu löschen haben. Das Gesetz ist, wie die Vertreterin der österreichischen Medienaufsicht zwischen den Zeilen einräumte, Teil der kognitiven Kriegsführung von EU und NATO.

Als vorläufigen Höhepunkt der militärischen Bekämpfung schädlicher – weil vom Regierungsnarrativ abweichender – Meinungen hat der EU-Rat am 21. April einen Handlungsrahmen für die Aufstellung und Entsendung zivilmilitärischer „Schneller hybrider Eingreifteams“ (Hybride Rapid Response Teams) beschlossen. Wenn eine Regierung sich einer hybriden Bedrohung ausgesetzt

Schwere Kost

[Lesestoff, der nicht leicht zu verdauen ist.]

sieht, also zum Beispiel in den sozialen Medien und auf der Straße heftig kritisiert wird – wie zum Beispiel seinerzeit durch die Gelbwesten in Frankreich oder die Corona-Maßnahmenproteste – dann können sie diese Teams anfordern, welche die „relevante zivile und militärische Expertise“ bündeln.

In Helsinki betreiben NATO und EU-Kommission gemeinsam ein Zentrum gegen hybride Bedrohungen, das ausländische Propagandaangriffe abwehren soll. Hier wird man bezüglich der „relevanten Expertise“ fündig. Zu den Bedrohungen zählen „Desinformation, instrumentalisierte Migration und Wahleinmischung durch böswillige Akteure“. Die Teams sollen den Mitgliedstaaten und den Partnerländern maßgeschneiderte Unterstützung bei der Bekämpfung solcher hybrider Bedrohungen und Kampagnen bieten.

Wenn also eine Regierung diese Unterstützung gegen eine „hybride Kampagne“, also z.B. gegen protestierende Bürger, anfordert, stehen diese Bürger plötzlich einer Regierung gegenüber, die das gesamte Arsenal der militärischen, geheimdienstlichen und propagandistischen Mittel der NATO gegen sie in Stellung bringen kann. Das ist kein Spaß.

Es gibt noch viel mehr Politikbereiche, in denen es die EU militärisch wichtig findet, dass sich alle Meinungen hinter der Regierungslinie versammeln und Abweichler diskreditiert werden. Mit Stand von Oktober 2022 listete das mit den Geheimdiensten kooperierende Strategische Kommunikationszentrum East StratCom allein über den Ukraine-Konflikt 5.755 gezielte „Desinformationen“ auf, und viele tausend weitere zu anderen The-

men wie Corona oder Klimawandel. East StratCom ist ein Dienst des External Action Service der EU, der für die EU-Außenpolitik, „einschließlich ziviler und militärischer Planung und Krisenreaktion“ zuständig ist. Aufgabe ist es, „die laufenden russischen Desinformationskampagnen vorherzusagen, anzugehen und darauf zu reagieren“. Demnach verbreitete Russland unter anderem die folgenden „Falschbehauptungen“, um westliche Demokratien zu destabilisieren:

„Westliche Sanktionen führten zu höheren Nahrungsmittelpreisen.“

„Die EU-Sanktionen schaden Europa mehr als Russland.“

„Die USA profitieren von der Nordstream-Sabotage.“

„Corona-Impfstoffe sind experimentell.“

„Die Impfstoffe wirken nicht gegen neue Virusstämme.“

Wer solche und ähnliche Meinungen äußerte oder noch äußert, beteiligt sich nach dem NATO- und EU-Verständnis an einem hybriden militärischen Angriff auf unser Hoheitsgebiet und kann es – direkt oder indirekt – mit der NATO zu tun bekommen. Die wenigsten hätten gedacht, dass sie sich mit einem derart mächtigen Gegner anlegen, wenn sie etwa die Corona-Maßnahmen der Regierungen oder deren Impfphysiologie kritisierten. Aktuell können interessierte Medienvertreter zum Beispiel lernen, dass die Behauptung, manche Autos und SUVs aus der Militärhilfe fänden ihren Weg in ukrainische Führungszirkel und ein Teil der gelieferten Waffen werde in andere Länder verkauft, eine von Russland verbreitete Falschinformation sei. Dabei ließ sich aufgrund von Rücktritten korrupten Führungspersonals der Ukraine nicht

einmal mehr vermeiden, dass über dieses Problem in unseren Nachrichtensendungen berichtet wurde. Werden die Tagesthemen oder das heute Journal jetzt von der NATO überwacht?

Grundlage für die schnellen NATO-EU-Eingreiftruppen ist ein Beschluss des EU-Rates von Juni 2023 zu den Werkzeugen zur Abwehr hybrider Kampagnen, mit dem die EU das Vokabular und die NATO-Strategie der kognitiven Kriegsführung weitgehend übernommen hat.

VOM DEBUNKING ZUM PREBUNKING

Die Faktenchecks von DPA, ARD, Correctiv und Co. und die mit diesen bewirkte Gleichrichtung der wichtigen Medien sind zwar ein wichtiger Bestandteil des Arsenal zur Verbesserung unserer kognitiven Prozesse. Aber die NATO-Strategen sind sich sehr der Tatsache bewusst, dass man mit Faktenchecks diejenigen nicht mehr überzeugen kann, die bereits misstrauisch geworden sind. Deshalb ist ein mindestens ebenso wichtiges Instrument der kognitiven Kriegsführung das Prebunking. Damit soll das Aufkommen von Misstrauen in die eigene Regierung verhindert und das Misstrauen gegenüber deren Kritiker befördert werden. Denn wenn den Kritikern von vorne herein nicht geglaubt wird, hat es die Regierung viel leichter, das Vertrauen der Bevölkerung zu behalten, auch wenn sie deren Grundrechte einschränkt, sie in Kriege hineinzieht oder ihnen große finanzielle Opfer für fremde Kriege abverlangt.

Die englische Wortneuschöpfung „Prebunking“ leitet sich von „Debunking“ ab, also dem nachträglichen Widerlegen einer Behauptung. Unabhängig von der konkreten Behauptung soll durch

Prebunking erreicht werden, dass dem Sender der Botschaft nicht geglaubt wird, dass alles was er sagt, schon von vorne herein („Pre“) als widerlegt gilt. Kurz vor den EU-Parlamentswahlen pries Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen dieses Konzept in einer Rede:

„In Anbetracht der Technologieentwicklung müssen wir gesellschaftliche Immunität gegen die Manipulation von Informationen aufbauen. Denn die Forschung hat gezeigt, dass Prebunking viel erfolgreicher ist als Debunking. Kurz: Eine Krankheit zu verhindern ist besser als sie zu heilen. Stellen Sie sich einmal Informationsmanipulation als einen Virus vor: anstatt eine Infektion zu behandeln, nachdem sie sich festgesetzt hat – das ist Debunking –, ist es viel besser zu impfen (vaccinate), sodass der Körper dagegen immunisiert ist (inoculated). Das ist der Ansatz von Prebunking.“

Die NATO hat das Prebunking als Methode der kognitiven Kriegsführung auf heimischem Schlachtfeld im Oktober 2021 in einer Studie mit dem Titel „Inoculation Theory and Misinformation“ erklärt. Autoren sind die Psychologen Jon Roozenbeek von der Abteilung für Kriegsstudien des Kings College, London und Sander van der Linden von der Universität Cambridge, England. Darin machen sie deutlich, dass es ihnen beim vorgeschlagenen Prebunking vor allem um „Fehlinformationen“ (Misinformation) geht, die nicht im engen Sinne falsch sind, aber den Empfänger zu „unerwünschten Schlussfolgerungen“ verleiten.

Die Bevölkerung ist also nicht gegen falsche Informationen, sondern gegen Menschen und Institutionen mit bestimmten, dem

Schwere Kost

[Lesestoff, der nicht leicht zu verdauen ist.]

offiziellen Narrativ widersprechenden Aussageabsichten zu impfen. In seinem Vortrag macht van der Linden deutlich, dass er sich durchaus bewusst ist, dass das, was er propagiert, letztlich nichts anderes ist als Regierungspropaganda gegen deren Kritiker. Er sagt:

„Wir arbeiten viel mit Regierungen zusammen. Es stimmt. Jede Aufklärungskampagne für die Öffentlichkeit, die die Regierung betreibt, wird als Aufklärung betrachtet. Was andere Regierungen tun, heißt Propaganda.“

Prebunking, hybride und kognitive Kriegsführung sind aber nur relativ junge Schlagworte, die die NATO für etwas geschaffen hat, was sie schon deutlich länger betreibt. 2016 veröffentlichte Atlantic Council eine Studie, in der er Politiker verschiedener Parteien, einschließlich Sigmar Gabriel, zu Putins Fünfter Kolonne erklärt und Medien und Geheimdienste aufforderte, sich intensiv um diese zu kümmern. Der Atlantic Council ist eine höchstkarätig besetzte NATO-Vorfeldorganisation. Zu den Empfehlungen gehörte, dass die EU und nationale Regierungen zivilgesellschaftliche Gruppen und Medien unterstützen und finanzieren, die daran arbeiten, Trojanische Pferde Russlands zu enttarnen und zu diskreditieren. Die EU sollte außerdem eine unabhängige Agentur gründen, die zivilgesellschaftliche Hinweisgeber-Gruppen finanziert. Die ARD gründete daraufhin 2017 den „Faktenfinder“, der sich schnell als Verkündungsorgan von NATO-Thesen und zur Diskreditierung von Gegenthesen etablierte.

Wenige Tage nach Veröffentlichung der Studie des Atlantic Council kam die Washington Post mit einem Aufsehen erregenden

Zeitungsaufmacher, in dem sie eine schwarze Liste von US-Medien propagiert, die Teil eines russischen Propagandanetzwerks seien. Grundlage war laut Zeitung die Analyse einer anonymen „Ansammlung von Forschern mit Hintergründen aus der Außenpolitik, dem Militär und der Technologieszene, die sich ProporNot nennt. Diese machte eine Kampagne zum Säen von „Misstrauen in die US-Demokratie und ihre Führer“ aus und erklärt es dabei ausdrücklich für unwichtig, ob die Netzseiten auf ihrer Liste überhaupt wissen, dass sie russische Propaganda verbreiten. Wenn sie die Regierenden kritisieren, agierten sie zumindest als „nützliche Idioten“ der russischen Geheimdienste. Die Geheimdienste und das FBI sollten die gelisteten Medien hochnotpeinlich überprüfen. Außerdem solle die „Zivilgesellschaft“ mithelfen, verdächtige Umtriebe aufzudecken, öffentlich anzuprangern und zu melden. Die Zugriffszahlen der betreffenden Medien brachen in den Folgemonaten auf nicht ganz unerklärliche, aber unerklärte Weise ein.

2018 schloss Facebook eine Vereinbarung mit dem Digital Forensic Research Lab des Atlantic Council. Danach wird dieses darauf achten, dass keine unerwünschten Quellen über das soziale Netzwerk westliche Öffentlichkeiten mit unerwünschten Informationen und Propaganda politisch beeinflussen können. Damit wird laut Atlantic Council sichergestellt, „dass Facebook eine positive Rolle bei allen Wahlen rund um die Welt spielt.“ Die erwähnte Studie des Atlantic Council zu den Trojanischen Pferden des Kremels in der deutschen Politik zeigt recht deutlich, was der Atlantic Council unter einer positiven Rolle bei Wahlen versteht. Das Digital

Forensic Research Lab und seine Schwesterorganisation Bellingcat sind aller Plausibilität nach nicht die Freizeitbeschäftigung des abgebrochenen Medizinstudenten und Finanzsachbearbeiters Eliot Higgins, als die sie uns präsentiert werden, sondern Tarnorganisationen von NATO-Geheimdiensten.

Im Auftrag des US-Verteidigungsministeriums erstellte der Atlantic Council 2018 eine Broschüre mit dem vielsagenden (übersetzten) Titel „Wessen Wahrheit?: Souveränität, Desinformation und wie man die Schlacht um das Vertrauen gewinnt“. Hauptempfehlung: Nicht staatstragende Meinungen und Informationen sind zu zensurieren, am besten auf indirektem, unauffälligem Wege, indem man das auf die Plattformen, nachgeordneten Agenturen und die „Zivilgesellschaft“ auslagert.

Kurz zuvor hatte uns der vom Atlantic Council hochgelobte Justizminister Heiko Maas mit seinem Netzwerkdurchsetzungsgesetz beglückt, das genau diese Aufgabe bewerkstellte. Schon damals wussten die Militärs, dass „Desinformation“ um so gefährlicher ist und um so mehr bekämpft werden muss, je näher sie bei der Wahrheit ist, denn: „Wenn Desinformation falsche Wahrnehmungen erzeugt und sicher geglaubte Überzeugungen (beliefs) untergräbt, erodiert das soziale Vertrauen und dadurch wird die Souveränität einer Nation gefährdet.“ Die wichtigste Empfehlung lautete, indirekt vorzugehen und sich die Meinungsmanipulationsmacht der IT-Konzerne und sozialen Medienunternehmen zunutze zu machen:

„Unternehmen und der Privatsektor verstehen eventuell nicht von selbst die Rolle, die sie bei der Bekämpfung von Desinformation

spielen, dabei ist ihre Rolle die wichtigste. Zumindest im Westen ist ihnen die zentrale Rolle zugefallen, weil die allgemeine Öffentlichkeit ihnen als Institutionen stärker vertraut [als den Regierungen N.H.J. (...)] Zum Glück haben Veränderungen in der Politik der Social-Media-Plattformen wie Facebook bereits einen beträchtlichen Einfluss auf die Art und Qualität der verbreiteten Inhalte.“

Wie intensiv von Google, Youtube, Facebook und Co. Desinformation im Sinne der Militärs und Geheimdienste wegzensuriert wird, wurde in diversen Studien bereits ausführlich dargestellt. In den Monaten vor der EU-Parlamentswahl hat Google in Zusammenarbeit mit van der Linden in fünf Ländern, darunter Deutschland, auf TikTok und YouTube Zeichentrickvideos mit Prebunking-Inhalten ausgespielt. Mit Fragebögen, die die Betrachter erhalten, hilft der US-Konzern den kognitiven Kriegsherren dabei, ihre Botschaften zu optimieren. Am Rande sei erwähnt, dass Sander van der Linden mehrmals von Wikipedia dabei erwischt wurde, dass er Beiträge, die ihn und sein Fachgebiet betreffen, mit einer Vielzahl von eigens dafür eingerichteten Accounts manipulierte, um seinen Ruhm zu mehren. Dafür wurde er von Wikipedia gesperrt. Es würde hier zu weit führen, all die Maßnahmen und Programme aufzuzählen, die EU und deutsche Bundesregierung seither im Sinne der Empfehlungen des Atlantic Council und der NATO umgesetzt haben.

Seit 2021 bekämpfen unsere Regierenden ihre Kritiker mit zunehmend rechts- und verfassungswidrigen Methoden. Sie instrumentalisieren die Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern für ihre Ziele und

Schwere Kost

[Lesestoff, der nicht leicht zu verdauen ist.]

versuchen, Kritik an sich und ihrer Politik zu kriminalisieren. Wortneuschöpfungen wie die „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ sollen hochamtlich klingen, sind jedoch nichts anderes als die staatliche Verfolgung unliebsamer Kritiker.

Das Bundesverfassungsgericht hat seine Ansichten zum militärisch-geostrategischen Krieg um die Meinungen zuletzt erstaunlich klar ausgesprochen: es urteilte im April 2024, dass staatliche Einrichtungen keinen Anspruch darauf hätten, vor scharfer Kritik abgeschirmt zu werden. Das Gewicht der für die freiheitlich-demokratische Ordnung grundlegende Meinungsfreiheit sei höher zu veranschlagen, da es gerade (vor allem vor dem Hintergrund der Schrecken des Nationalsozialismus) aus dem „besonderen Schutzbedürfnis der Machtkritik“ (Urteilszitat) erwachse. Dem Staat stünde keinerlei Schutzrecht gegen selbst scharfe oder beleidigende Kritik zu, so das höchste Gericht. Führende Staatsrechtler begrüßten das Urteil und stellen regelmäßig klar, dass „Bürger oder zivile Unternehmen grundsätzlich keinen Verfassungsbruch begehen können, selbst wenn sie das wollten. Der Rechtsrahmen für die Zivilgesellschaft wird durch das Zivilrecht und das Strafrecht gesetzt, die Verfassung hingegen setzt den Rechtsrah-

men für die Regierung. Nur eine Regierung kann gegen die Verfassung verstoßen, sonst niemand. Daher müsste folgerichtig auch die Regierung das alleinige Beobachtungsobjekt des so genannten Verfassungsschutzes sein.“

DIE SCHULE ALS SCHLACHTFELD

Die Impfung gegen Botschaften von Regimekritikern geschieht am besten schon im zarten Alter, bevor die Zielpersonen Zeit hatten, staatsbürgerliche Grundkompetenzen auszubilden. Deshalb richteten sich die Google-Prebunking-Videos auch an junge Menschen, die erst seit relativ kurzer Zeit das kurz vor der Europawahl auf 16 Jahre gesenkte Wahlalter erreicht haben. Noch besser funktioniert die Immunisierung aber bei noch jüngeren Menschen, die noch stärker beeinflussbar sind und in der Schule einem hohen Maß an Beeinflussung ausgesetzt sind.

Wie der Schulleiter Johannes Mosmann in einem Blog ausführlich beschrieben hat, geschieht das unter anderem mit von van der Linden und Mitstreitern entwickelten Prebunking-Spielen, die von der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Bundesbildungsministerium übersetzt und gefördert werden.

Diese aufwendig gestalteten Spiele sind nur die Spitze einer

zunehmend systematisch betriebenen manipulativen Beeinflussung junger Gehirne. Im März 2022 forderte das EU-Parlament die Mitgliedstaaten auf, „Medienkompetenz und digitale Kompetenz“ von „der frühen Jugend bis hin zur Erwachsenenbildung in ihre Lehrpläne aufzunehmen.“ Eine „Expertengruppe zur Bekämpfung von Desinformation und zur Förderung der digitalen Kompetenz durch Bildung und Ausbildung“ wurde gebildet, die sich um die Ausbildung von Lehrern in Prebunking und Faktenüberprüfung kümmern sollte. Die Entschließung war inspiriert von Sander von der Linden, der seine Nato-Studie zu Prebunking dem zuständigen Parlamentsausschuss zuvor vorgestellt hatte.

Ergebnis der Arbeit der Expertengruppe sind „Leitlinien für Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte zur Bekämpfung von Desinformation“, nach denen sich Lehrkräfte in der EU richten sollen. Die Prüfungsfragen mit denen die erreichte Medienkompetenz der Schüler bewertet werden soll, machen überdeutlich, was das Ziel des Ganzen ist: Die Schüler sollen lernen, das offizielle Narrativ als wahr und abweichende Behauptungen von Regierungskritikern als falsch zu erkennen, gern auch als „Verschwörungstheorien“ zu entlarven. Sie sollen lernen, nur glaubwürdigen Quel-

len zu vertrauen, wobei „glaubwürdig“ natürlich nur diejenigen Quellen sind, deren Aussagen im obigen Sinne regierungskonform sind.

Diese Analyse hat Konsequenzen für die Beantwortung der Frage, warum in den letzten Jahren so viele Menschen so bereitwillig akzeptiert und sich oft auch daran beteiligt haben, elementare Grundrechte außer Kraft zu setzen und Mitmenschen, die das nicht hinnehmen wollten, zu diffamieren und auszugrenzen. Durch intensivste Propaganda wurde planmäßig Folgsamkeit mit der Systemfrage verknüpft und Kritik an der aktuellen Politik zu einer „Bedrohung der Demokratie“ hochstilisiert. Die Folgen dieser „kognitiven Kriegsführung“ sind heute bereits spürbar: Menschen, die ein instinktives Unbehagen bei der Beobachtung bestimmter politischer Entwicklungen verspüren, trauen sich nicht mehr, über ihre Ansichten zu sprechen. Damit ist das Kunststück fast vollbracht, die ursprüngliche Bedeutung der Idee der Demokratie in ihr faschistoides Gegenteil zu verkehren: die „Neue Demokratie“ ist erreicht, wenn alle nur noch eine Einzige, nämlich die „korrekte“ Meinung haben. Eine harmonische neue Welt. Wie Nordkorea und der Iran. Freuen Sie sich nicht auch darauf?